



BRANDENBURG.
DAS IST, WAS WIR TUN.

UNSER BRANDENBURG-PLAN: 50 VORHABEN, AUF DIE SIE SICH VERLASSEN KÖNNEN.

EINSTIMMIGER BESCHLUSS DES LANDESPARTEITAGES AM 3. MAI 2014

Inhaltsverzeichnis

I.	Wir halten Wort: Das ist unser aller Erfolg.	3
II.	Unsere Richtschnur: Daran lassen wir uns messen.	6
III.	Unser Brandenburg-Plan: 50 Vorhaben für unser Land.	8
IV.	Brandenburg: Das ist, was wir tun.	26

I. Wir halten Wort: Das ist unser aller Erfolg.

Umfragen belegen: 97 Prozent der Brandenburgerinnen und Brandenburger leben gern in unserem Land. Brandenburg, das bedeutet einzigartige Natur, unzählige Seen, tiefe Wälder, weite Horizonte, historische Städte und Dörfer. Die Menschen hier machen eher wenig Worte, vor allem aber stehen sie zur ihrem Wort. In den vergangenen Jahren hat sich unser Land gut entwickelt. Das ist unser aller Erfolg, auf den wir gemeinsam stolz sein können. Viele engagierte Bürgerinnen und Bürger haben daran mitgewirkt, dass es Brandenburg heute besser geht als noch vor fünf oder zehn Jahren.

Die SPD trägt seit der Gründung Brandenburgs Verantwortung für unser Land. Manfred Stolpe und Matthias Platzeck sind nicht nur herausragende Ministerpräsidenten gewesen, sie haben als Landesväter Orientierung gegeben. Vor der Landtagswahl 2009 haben wir versprochen, Brandenburg kraftvoll, sozial und gerecht zu erneuern. In den Jahren seither haben wir alles daran gesetzt, unsere Versprechen einzuhalten. Unsere Bilanz kann sich sehen lassen. Brandenburg ist zum Aufsteigerland in der Bundesrepublik geworden:

- Die Arbeitslosigkeit in Brandenburg hat sich in den vergangenen Jahren mehr als halbiert.
- In den vergangenen Jahren sind in Brandenburg mehr als 80.000 zusätzliche sozialversicherungspflichtige Jobs entstanden. Mit dem Brandenburg Business Guide werden Unternehmen bei der Neuansiedlung und Vernetzung optimal unterstützt.
- In Ländervergleichen wurde Brandenburg innerhalb der vergangenen fünf Jahre drei Mal zum Bundesland mit der dynamischsten wirtschaftlichen Entwicklung gekürt.
- Brandenburg ist das Land der aktiven Sozialpartnerschaft. Seit 2011 arbeitet ein ambitioniertes Forum aus Unternehmensverbänden, Gewerkschaften und Politik an gemeinsamen Projekten für mehr gute Arbeit, Fachkräftesicherung, Verbesserung der Ausbildung und der Vereinbarkeit von Beruf und Familie.
- Mit unserem Brandenburger Mindestlohn von 8,50 Euro bei öffentlichen Aufträgen sorgen wir für mehr Gerechtigkeit.
- In der seit 2009 laufenden Wahlperiode hat das Land 2.500 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt - so viele wie noch nie.
- Zur weiteren Verbesserung unserer Kitas wurden 1.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher eingestellt. Die Kitagruppen unserer Kleinsten sind kleiner geworden. Pro Kind gibt das Land heute über 50 Prozent mehr Geld aus als noch 2008. Unter den 16 Bundesländern belegt Brandenburg Platz 2 bei den Ausgaben für frühkindliche Bildung.
- Mit unserem Brandenburger Schüler-Bafög erleichtern wir tausenden Kindern aus einkommensschwächeren Familien gezielt den Weg zum Abitur.
- Unser Bildungssystem wird Schritt für Schritt besser. Brandenburgs Schülerinnen und Schüler belegen Spitzenplätze in den wichtigen naturwissenschaftlichen Fächern. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die ohne Abschluss die Schule verlassen, hat sich seit 2008 nahezu halbiert. An Gymnasien, Ober- und Gesamtschulen liegt die Abbrecherquote mittlerweile unter 2,5 Prozent.

- In die Brandenburger Hochschulen flossen in den vergangenen fünf Jahren 1,5 Milliarden Euro. Die Zahl der Studierenden liegt mit über 50.000 so hoch wie noch nie.
- In allen Regionen Brandenburgs arbeiten die einzigartigen „Netzwerke Gesunde Kinder“: Kinderärzte, Hebammen, über 1.200 ehrenamtliche Paten, Kitas, Jugend- und Sozialverwaltungen sorgen gemeinsam für ein „Klima des Hinschauens“, weil in Brandenburg kein einziges Kind zurückgelassen werden soll.
- Brandenburg ist das führende Bundesland beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Dreimal in Folge wurde unserem Land dafür bereits die Auszeichnung „Leitstern“ verliehen.
- An der Eröffnung des neuen Willy-Brandt-Flughafens arbeiten wir hart. Dass er bereits heute Wirtschaftsmotor für unsere Region ist, zeigt die derzeitige Arbeitslosenquote von nur noch 3 Prozent im Umfeld des Flughafens.
- Mit dem Krankenhausgesetz haben wir alle Krankenhausstandorte gesichert. Die Gemeinschaftswester „AGnES“ steht nunmehr auf sicheren Füßen und unterstützt die Ärztinnen und Ärzte bei der gesundheitlichen Versorgung in dünn besiedelten Regionen des Landes.
- Wir haben begonnen, die Polizeistrukturen zukunftsfest zu machen. Arbeitsabläufe wurden gestrafft, Personaleinsparungen finden bei den Führungskräften statt. Auf veränderte Sicherheitslagen wird von uns angemessen reagiert.
- Erstmals seit der Wende kehren abgewanderte Brandenburgerinnen und Brandenburger in nennenswertem Umfang zurück in ihre alte Heimat. Das Land unterstützt die zahlreichen Rückkehrer-Initiativen.
- Seit 2011 macht Brandenburg keine neuen Schulden mehr. Wir sanieren unseren Landeshaushalt mit sozialem Augenmaß und bauen damit die Lasten der nächsten Generationen ab. 2014 haben wir zum ersten Mal Schulden getilgt.
- Städte und Gemeinden sind entscheidende Orte lebendiger Demokratie. Darum müssen sie die Kraft haben, ihre Aufgaben ordentlich zu erfüllen. Die Zuweisungen des Landes an die Kommunen sind in Brandenburg so hoch wie in keinem anderen Bundesland.
- Wir haben die Finanzierung der Kommunen gerechter gemacht: Kommunen mit hohen Soziallasten erhalten mehr Geld, den solidarischen Ausgleich zwischen ärmeren und reicheren Kommunen haben wir verstärkt.
- Wir haben die demokratische Teilhabe gestärkt. Erstmals dürfen in diesem Jahr 16- und 17-Jährige den Landtag und die kommunalen Parlamente mitwählen. Die Verfahren für Volkbegehren haben wir deutlich vereinfacht.
- Brandenburg ist das Land des Ehrenamts. Nirgendwo in Ostdeutschland sind so viele Bürgerinnen und Bürger ehrenamtlich aktiv. Mit der neu eingeführten Ehrenamtskarte, dem Freiwilligenpass sowie zahlreichen Auszeichnungen würdigen wir das Engagement der Menschen für mehr Miteinander.
- Brandenburg zieht an, immer mehr Touristinnen und Touristen besuchen unser Land. Die Zahl der Übernachtungen ist in den vergangenen fünf Jahren um 12 Prozent gestiegen. In unserer Tourismusbranche arbeiten mittlerweile 100.000 Menschen –mehr als doppelt so viele wie vor 15 Jahren.

- Wir investieren mehr in unsere Kultur: die Theaterpauschaule ist von 13 auf 17 Millionen gestiegen, 6 Millionen Euro gehen in die Sanierung der Preußischen Schlösser und Gärten, für die musische Bildung standen 6,5 Millionen Euro zusätzlich zur Verfügung.
- Brandenburg ist ein Sportland. 320.000 Menschen sind in 3.000 Sportvereinen organisiert. Mit dem neuen Sportfördergesetz haben wir die jährliche Förderung auf 16 Millionen Euro erhöht.
- Im 25. Jahr der friedlichen Revolution hat unser Landtag ein neues Zuhause in der Mitte Potsdams gefunden – in einem Gebäude, das europaweit Aufsehen erregt und aus nah und fern Besucher anzieht. Jetzt kommt es darauf an, das neue Haus mit Leben zu erfüllen.

Die Brandenburgerinnen und Brandenburger blicken heute zuversichtlich in die Zukunft, 73 Prozent sagen, dass sich Brandenburg in die richtige Richtung bewege. Wir wollen diesen Schwung nutzen. Mit viel Energie, mit Zusammenhalt und klarem Kurs wollen wir Brandenburg in den kommenden fünf Jahren noch weiter voran bringen.

II. Unsere Richtschnur: Daran lassen wir uns messen.

Das zentrale Ziel sozialdemokratischer Politik ist der soziale Aufstieg. Wir wollen Chancen für alle Menschen in allen Regionen verbessern. Wir sind die Partei des *einen* Brandenburg. Jede Brandenburgerin und jeder Brandenburger soll unabhängig von Wohnort und sozialer Herkunft vergleichbare Chancen auf Bildung, Gesundheit und Teilhabe am öffentlichen Leben haben.

Vor diesem Hintergrund haben wir begonnen, eine vorsorgende Sozial- und Gesellschaftspolitik für Brandenburg zu entwickeln. Die Absicherung der großen Lebensrisiken bleibt eine zentrale Aufgabe des modernen Sozialstaates. Doch nachhaltigen sozialen Fortschritt und Aufstieg schaffen wir vor allem durch eine vorsorgend und vorbeugend ausgerichtete Politik, die Sozialpolitik vor allem auch als Investition in die Menschen und ihre Zukunft begreift. Wir lassen uns dabei von sieben zentralen Prinzipien leiten:

- *Jeder Mensch wird gebraucht.* Unser Land steht vor großen demografischen Veränderungen. Während die Lebenserwartung der Menschen weiter steigt, wird die Zahl der Neugeborenen in Brandenburg bereits innerhalb der kommenden zehn Jahre um über ein Drittel zurückgehen. Die Zahl der Menschen im Erwerbsalter wird um etwa ein Viertel, in manchen Regionen sogar um bis zu 50 Prozent sinken. Wir werden in Zukunft jede Einzelne und jeden Einzelnen brauchen. Wir wollen und werden niemanden zurücklassen.
- *Auf den Anfang kommt es an.* Alle einschlägigen Studien belegen, dass frühzeitig in die Entwicklung menschlicher Potenziale investiertes Geld gut angelegt ist. Je früher junge Familien gefördert werden, je besser unsere Kitas, Schulen und außerschulischen Bildungsangebote sind, desto mehr verbessern sich die Lebenschancen aller und damit die Zukunftsperspektiven unseres Landes insgesamt. Dies beinhaltet auch ein Medienbildungskonzept, um Brandenburgerinnen und Brandenburger aller Altersstufen die Teilhabe an einer sich zunehmend digitalisierenden Gesellschaft zu ermöglichen.
- *Jeder Mensch benötigt faire Chancen.* Wer auf der sozialen Leiter nach oben gelangen kann, darf nicht vom Geldbeutel der Eltern, vom Geschlecht oder der Herkunft abhängen. Deshalb geht es uns darum, alle Barrieren aus dem Weg zu räumen, die sozialem Aufstieg entgegen stehen. Armut darf nicht „vererbt“ werden. Unsere Bildungseinrichtungen müssen deshalb durchlässig und Orte bestmöglicher individueller Förderung für alle sein. Wir wollen alle Begabungen und Talente wecken. Unser Ziel ist, dass jede einzelne Schülerin, jeder einzelne Schüler die Gelegenheit erhält, entweder einen Berufsabschluss oder das Abitur abzulegen – wenn es sein muss, auch mit einer zweiten Chance.
- *Ein Rad muss ins andere greifen.* Bildungs-, Familien-, Gleichstellungs- und Wirtschaftspolitik verfolgen keine widerstreitenden Zwecke. Vielmehr dienen sie insgesamt dem Ziel, Lebenschancen und Lebensqualität zu verbessern sowie positive gesellschaftliche und ökonomische Entwicklung zu bewirken. Damit das gelingt, müssen die Maßnahmen der verschiedenen Politikfelder eng aufeinander abgestimmt werden. Genauso müssen in diesen Politikfeldern das Land und die Kommunen an einem Strang ziehen.

- *Brandenburg muss ein Land der guten Arbeit sein.* Brandenburg ist ein Industrieland. Das Rückgrat unserer Wirtschaft sind die kleinen und mittleren Unternehmen. Wir wollen, dass Brandenburg ein Land der guten und sicheren Arbeit ist – in den berlinfernen Regionen genauso wie im Berliner Umland. Dazu brauchen wir eine lebendige Sozialpartnerschaft mit starken Gewerkschaften und Betriebsräten, mit innovativen Unternehmen, mit verantwortungsvollen Kammern und Verbänden. Wir werden die Arbeitslosigkeit weiter bekämpfen und uns gleichzeitig für gut ausgebildete Fachkräfte einsetzen. Jede Brandenburgerin und jeder Brandenburger mit einem ordentlichen Bildungsabschluss hat heute die Chance, einen guten Arbeitsplatz in der eigenen Heimat zu finden.
- *Kein Zukunftsvertrauen ohne Sicherheit.* Uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten geht es immer um soziale aber auch um öffentliche Sicherheit, also um Schutz von Leib und Leben, um sichere Straßen und Plätze. Nur wo Menschen in ihrem Alltagsleben auf Sicherheit vertrauen können, da kann eine lebenswerte Gesellschaft entstehen. Kein Zukunftsvertrauen ohne Sicherheit – und keine Sicherheit ohne Zukunftsvertrauen. Deshalb bleiben Recht und Ordnung ein zutiefst sozialdemokratisches Thema.
- *Bei sinkenden Einnahmen klug investieren.* Bereits heute ist absehbar, dass Brandenburg Jahr für Jahr weniger Geld aus dem Solidarpakt Ost, dem Länderfinanzausgleich und von der EU bekommen wird. Aufgrund prognostizierter sinkender Bevölkerungszahlen sinken die Einnahmen des Landes bis zum Ende der Wahlperiode um über 200 Millionen Euro im Jahr. Die Aufbau Ost-Förderung wird von 830 Millionen Euro (2014) auf Null in 2020 abgeschmolzen. Die EU-Förderung sinkt um die Hälfte, da Brandenburg sich im Konzert der europäischen Regionen gut entwickelt hat. Gleichzeitig wollen wir mit einem ausgeglichenen Haushalt die Schulden- und Zinslast für die Generationen unserer Kinder und Enkel abbauen. Es ist für uns ein Gebot der Generationengerechtigkeit, auch in Zukunft ohne neuen Schulden auszukommen. Umso wichtiger ist es, dass wir die verfügbaren Haushaltsmittel vordringlich auf eine vorsorgende Politik konzentrieren.

Das ist der Rahmen für unsere Politik. Diese Prinzipien liegen unserem Regierungsprogramm zu Grunde. Auf ihrer Basis wollen wir in den kommenden fünf Jahren erneut Verantwortung für unser Land übernehmen. Die folgenden 50 Vorhaben wollen wir in der neuen Wahlperiode des Landtages verwirklichen.

III. Unser Brandenburg-Plan: 50 Vorhaben für unser Land.

1. Auf den Anfang kommt es an: Bessere Kinderbetreuung für alle.

Brandenburg hat eines der dichtesten Kita- und Hort-Netze in Deutschland. Wir werden die Qualität unserer Kitas und Horte schrittweise weiter verbessern. Deshalb wollen wir in den kommenden fünf Jahren insgesamt 1.000 zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher einstellen. Mit ihnen werden wir den Betreuungsschlüssel in den Kitas bei den unter 3-jährigen Kindern weiter verbessern, so dass fünf Kinder auf eine Erzieherin bzw. einen Erzieher kommen. Ferner wollen wir mit den zusätzlichen Erziehern die pädagogische Leitung der Kitas und Horte stärken und die Zusammenarbeit von Horten mit Grundschulen fördern. Mit diesen Maßnahmen sorgen wir für bestmögliche Startchancen für unsere Jüngsten.

2. Gute Schulen in allen Regionen: Ein klares Schulsystem.

Die Schulstruktur in Brandenburg hat seit 1990 viele Entwicklungen durchlaufen, nicht alle waren vernünftig. Mittlerweile besitzen wir ein Schulsystem, dessen Grundstruktur sich bewährt hat. Die Brandenburger SPD steht für vernünftige und unideologische Bildungspolitik in Brandenburg und für den Schulfrieden in unserem Land. Unser Ziel in diesem Sinne ist ein klar strukturiertes, verlässliches, vielfältiges und durchlässiges Schulsystem, in dem die Schülerinnen und Schüler lange gemeinsam lernen und das die nötige Flexibilität für dünn besiedelte Regionen bietet. Darum gilt:

- Die erfolgreiche sechsjährige Grundschule wird fortgesetzt.
- Nach der 6. Klasse stehen wir für die bewährten Schulformen:
 - Die Gymnasien führen die Kinder wie bisher bis zur Klasse 12 zum Abitur.
 - Daneben können die Schülerinnen und Schüler der Gesamtschulen nach 13 Jahren ihr Abitur ablegen. An den Oberschulen führen wir die „vertiefte Bildung“ ein, damit die Schülerinnen und Schüler im Verbund mit Oberstufenzentren und Gesamtschulen nach 13 Jahren das Abitur ablegen können.
- Bereits heute kooperiert ein Viertel der Grundschulen mit einer Oberschule in ihrer Nähe. Wenn die Kommune und die Eltern dies wünschen, können auch in Zukunft Grundschulen mit Oberschulen bzw. Gesamtschulen zu Schulzentren fusionieren. Damit ist gemeinsames Lernen von der 1. Klasse bis zur 10. bzw. 13. Klasse möglich.

3. Frischer Wind in die Klassenzimmer: 4.000 neue Lehrkräfte für Brandenburg.

In den kommenden fünf Jahren werden wir weitere 4.000 neue Lehrerinnen und Lehrer einstellen – so viele wie noch niemals zuvor in der Geschichte Brandenburgs und fast doppelt so viele wie in der 2014 ablaufenden Wahlperiode. 3.600 der neu eingestellten ersetzen ausscheidende Lehrkräfte, mit den zusätzlichen 400 Lehrkräften wird die bereits gute Schüler-Lehrer-Relation weiter verbessert und Vorsorge gegen Unterrichtsausfall getroffen. Mit den zusätzlichen Lehrerinnen und Lehrern schaffen wir es, dass alle Schülerinnen und Schüler einen ordentlichen Ab-

schluss in den Gesamt- und Oberschulen sowie den Gymnasien erreichen können. Mit den zusätzlichen Lehrkräften soll es auch Schülerinnen und Schülern mit besonderem Förderbedarf ermöglicht werden, einen qualifizierten Schulabschluss zu erreichen. Lehrkräfte werden durch sonderpädagogisches und psychologisches Personal entlastet. Mit einer Kampagne werden wir für den Lehrerberuf und dessen größere Anerkennung in der Gesellschaft werben. Gesucht werden in den nächsten Jahren vor allem „Landlehrer“ – die Attraktivität dieses Berufsbildes werden wir zusammen mit den Kommunen erhöhen.

4. Bessere Bildungschancen für alle: Schüler-Bafög weiter ausbauen.

Das Schüler-Bafög ist eine Brandenburger Erfolgsgeschichte, denn es sorgt dafür, dass Bildung bei uns weniger stark vom Geldbeutel der Eltern abhängt als anderswo. Über 5.000 jungen Menschen hat das Schüler-Bafög bereits den Weg zum Abitur erleichtert. Wir werden es weiter ausbauen: Wer gute Noten hat, bekommt einen einmaligen Aufschlag auf das Schüler-Bafög.

5. Wo die Zukunft entsteht: Unsere Hochschulen weiterentwickeln.

Brandenburg besitzt mit seinen acht Hochschulen eine leistungsfähige Hochschullandschaft. Ihre Bedeutung wird in den nächsten Jahren weiter zunehmen, denn der Bedarf an hoch qualifizierten Fachkräften im Land steigt. Deshalb werden wir die Grundfinanzierung der Hochschulen in der nächsten Wahlperiode verbessern und ihren Etat in jedem Jahr um 5 Millionen Euro erhöhen. Damit erhalten die Hochschulen in der nächsten Wahlperiode zusätzliche 75 Millionen Euro. Diese Mittel sollen dazu dienen, die Zusammenarbeit von Unternehmen und Hochschulen zu verbessern, duale Studiengänge aufzubauen, die Zahl der Studienabbrecher zu senken sowie berufs- und familienbegleitendes Studieren zu vereinfachen. Zusätzliche Bundesmittel für Hochschulen werden wir den jeweiligen Einrichtungen direkt zur Verfügung stellen. Wir beteiligen uns aktiv an der Ausgestaltung neuer Bund-Länder-Programme. Eine langfristig planbare angemessene Hochschulfinanzierung ist die Grundlage dafür, dass das Prinzip „Gute Arbeit“ auch an den Hochschulen zur Geltung gebracht werden kann. Auch in Zukunft werden wir keine Studiengebühren für das Hochschulstudium erheben. Mit einem Investitionsprogramm wollen wir es den Studentenwerken ermöglichen, zusätzliche Studentenwohnheimplätze zu schaffen und Gebäude energetisch zu sanieren. Die Ko-Finanzierung der außeruniversitären Forschungseinrichtungen werden wir weiter sicherstellen. Duale Studiengänge verbinden praktische Ausbildung im Betrieb mit einem Studium. Wir wollen die Zahl solcher Studiengänge, insbesondere in den Bereichen Forstwirtschaft, Ökolandbau, Ingenieurwissenschaften und Augenoptik, deutlich erhöhen.

6. Brandenburg: Ein Land der guten und sicheren Arbeit.

Durch den demografischen Wandel wird das Potential der Erwerbsfähigen in Brandenburg um etwa 25 Prozent zurückgehen. Deshalb müssen wir auf gute Arbeit setzen. Gute Arbeit ist die

Grundlage einer wettbewerbs- und zukunftsfähigen Wirtschaft und damit ein zentraler Standortfaktor. Zur guten Arbeit gehören eine anständige Bezahlung, sichere Arbeitsplätze, eine gute Vereinbarkeit von Job, Familie und ehrenamtliche Engagement, altersgerechte Arbeitsbedingungen, ein betriebliches Gesundheitsmanagement und hohe Standards beim Arbeitsschutz. Politische Konzepte, die Brandenburg als Niedriglohnland sehen, lehnen wir entschieden ab. Wir unterstützen deshalb alle Maßnahmen, die Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden dabei helfen, Arbeitnehmer gute und sichere Arbeitsplätze zu bieten. Dafür brauchen sie hohe Organisationsgrade, um so mehr Tarifbindung und Tarifverträge zu erreichen. Nur starke Gewerkschaften sind eine Garantie dafür, dass in Brandenburg auch die Löhne steigen können. Zusammen mit den Gewerkschaften und den Arbeitgebern wollen wir die bessere Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Familie sowie von Berufstätigkeit und Pflege erreichen.

7. Weil wir gemeinsam stärker sind: Sozialpartnerschaft vertiefen.

Die soziale Marktwirtschaft funktioniert nur mit einer starken Sozialpartnerschaft. Dafür brauchen wir starke Gewerkschaften und starke Arbeitgeberverbände. Wir wollen keine Wirtschaft, die einseitig vom Markt oder Staat bestimmt wird. Der erfolgreiche Sozialpartnerdialog wird von uns weiterentwickelt. Ziel ist es, den Brandenburger Arbeitsmarkt attraktiver zu machen, um Arbeitskräfte hier zu halten und neue zu gewinnen. Durch gemeinsame Projekte sollen die Arbeitsbedingungen sowie die Innovationsfähigkeit der Unternehmen und das Qualifikationsniveau der Beschäftigten verbessert werden. Im Dialog mit den Branchen sollen Fachkräfteprobleme behoben sowie die Aus- und Fortbildung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verbessert werden.

8. Starke Wirtschaft, Chancen für alle.

Unser Ziel ist eine kooperative, qualitätsorientierte Wirtschaft, deren Wettbewerbsfähigkeit auf technischem, sozialem und ökologischem Fortschritt beruht. Wir werden alles dafür tun, den Wirtschaftsstandort zu stärken und den Brandenburger Unternehmen beste Bedingungen für die weitere Entwicklung bieten.

Wir halten an der Förderpolitik nach dem Prinzip „Stärken stärken“ fest. Die Regionalen Wachstumskerne werden weiter vorrangig gefördert. Dabei soll die Kooperation der Wachstumskerne mit ihrem Umland eine wichtigere Rolle spielen. Die Wirtschafts- und Technologieförderung werden wir weiter auf besonders zukunftsfähige Branchen konzentrieren. Zusammen mit der Wirtschaft werden Clusterstrukturen auf ihre Wirkungen überprüft und die Förderung vereinfacht.

Wirtschaftlich ergänzen sich Brandenburg und Berlin. Deshalb streben wir eine Fusion der Wirtschaftsförderung beider Länder an. Die Wirtschaftsförderung soll dabei stärker an die Kriterien guter Arbeit gebunden werden. Aufwendungen für Forschung und Entwicklung sowie

die Ansiedlung zentraler Unternehmensfunktionen werden belohnt. Das Standortmarketing wird ausgebaut. Auch auf die Stärkung der Jugend- und Auszubildendenvertretung in Betrieben soll zukünftig mehr Gewicht gelegt werden.

9. Industrie, Wachstum und Arbeitsplätze für Brandenburg.

Eine starke Industrie ist die Basis unseres wirtschaftlichen Erfolgs. Wir wollen den Anteil der Industrie und der industrienahen Dienstleistungen an unserer Wirtschaft weiter ausbauen. Dabei werden wir wirtschaftliches Wachstum stärker mit ökologischer und sozialer Nachhaltigkeit verknüpfen. Wir werden Internationalisierung, Innovation und Imagebildung, die Zusammenarbeit der Industrie mit Sachsen, Sachsen-Anhalt und Berlin sowie die Bildung von Netzwerken weiter befördern. Industriegenossenschaften werden gefördert, damit Kooperationen zwischen Industrieunternehmen und Nachfolgeregelungen bei der Unternehmensführung einfacher werden. Über ein „Netzwerk Industriekultur“ sollen die verschiedenen industriegesellschaftlichen Einrichtungen im Land verknüpft werden. Damit leisten wir einen Beitrag, um regionale Identität zu stärken und Berufsorientierung zu verbessern.

10. Das Rückgrat unseres Landes: Brandenburgs Mittelstand stärken.

Neben industriellen Leuchttürmen in verschiedenen Branchen mit großer Ausstrahlung bleiben die kleinen und mittleren Unternehmen sowie Handwerker das Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft. Diese Unternehmen bei ihrer Entwicklung zu unterstützen ist der zentrale Punkt unserer Wirtschaftspolitik. Die Zukunftsagentur Brandenburg, die bisher vor allem die Ansiedlung neuer Unternehmen begleitet, soll zugleich stärker in der Bestandspflege von Unternehmen aktiv werden.

11. Ein Land voller Energie.

Wir stehen zur Energiewende. Brandenburg soll auch in Zukunft unter den Bundesländern führend beim Ausbau der erneuerbaren Energien bleiben. Solange erneuerbare Energien nicht ununterbrochen und in ausreichendem Umfang zur Verfügung stehen, wird die Grundlast der Energieversorgung über konventionelle Kraftwerke abgesichert werden müssen. Die Nutzung der heimischen Braunkohle ist auch von industriepolitischer Bedeutung, denn sie garantiert Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Energiepreise. Brandenburg soll auch in Zukunft Energieexportland bleiben. Wir werden den Ausbau der Windkraft weiter vorantreiben. Dabei sollen vor allem ältere und laute Windräder durch effektivere und leisere ausgetauscht werden. Energieeffizienz, Speichertechnologien und Energiemanagement sollen Forschungsschwerpunkte an den Brandenburger Hochschulen werden, die BTU Cottbus-Senftenberg wird dabei besonders unterstützt. Zur weiteren Umsetzung der Energiewende werden wir die Kompetenzen für die Energiepolitik in einem Ministerium bündeln. In Abhängigkeit von den nächsten Schritten der Bundesregierung werden wir unsere Brandenburger „Energiesstrategie 2030“

anpassen. Um die Energiekosten für Haushalte und Unternehmen zu senken, werden wir eine „Energieeffizienz-Offensive Brandenburg“ zur Energieeinsparung starten.

12. Bessere Berufsorientierung fängt in der Schule an.

Die duale Ausbildung ist das Rückgrat der Brandenburger Wirtschaft. Ihr Erfolg wird davon abhängen, eine zukunftsfähige Berufsausbildung zu gewährleisten. Mit der „Initiative Oberschule“ hat das Land einen erfolgreichen Berufsorientierungsprozess eingeleitet. Wir wollen das System der Berufsorientierung weiterentwickeln. Dazu werden das Bildungs- und Arbeitsministerium zusammen mit den Unternehmen das „Praxislernen“ weiterentwickeln. Dazu gehört ein „Unterrichtstag in der Wirtschaft“ in Klasse 8 und 9 für alle Oberschulen und Gesamtschulen. Darin sollen vorhandene regionale Netzwerke wie „Schule und Wirtschaft“ einbezogen werden, in denen Schulen und Unternehmen bereits zusammenarbeiten. Schülerinnen und Schüler sollen so frühzeitig die Breite beruflicher Möglichkeiten kennenlernen. Ziel ist es, Talente und Bedarfe besser zusammenzubringen. Das ist ein wichtiger Beitrag, um die Zahl der Abbrecher weiter zu reduzieren. Mit Kampagnen wollen wir für die Attraktivität der dualen Ausbildung in Industrie, Handwerk und Verwaltung bis hin zum dualen Studium werben.

13. Brücken ins Leben bauen: Türöffner für Brandenburgs Jugend.

Unser Ziel ist, dass alle Jugendliche in Brandenburg entweder das Abitur oder eine Berufsausbildung erfolgreich abschließen. Jede und jeder hat ein Recht auf eine zweite Chance. Deshalb unterstützen wir das kostenfreie Nachholen des Schulabschlusses. Deutlich zu hoch ist noch immer die Zahl derjenigen, die ihre begonnene Berufsausbildung wieder abbrechen oder ohne Erfolg beenden. Deshalb werden wir den Übergang von der Schule in die Berufsausbildung verbessern – denn eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglicht den Einstieg in ein erfolgreiches Erwerbsleben genauso effektiv wie ein Studienabschluss. Um einen erfolgreichen Verlauf der Ausbildung zu erleichtern, sollen im ganzen Land „Türöffner-Netzwerke“ aufgebaut werden. In diesen Netzwerken werden ehrenamtliche Mentorinnen und Mentoren Jugendliche auf ihrem Weg in Schule und Berufsausbildung begleiten.

Derzeit sind die Ansprechstellen, die Jugendliche bei der Berufswahl unterstützen, unübersichtlich auf verschiedene Behörden und Einrichtungen verteilt. Wir wollen, dass es perspektivisch nur noch einen Ansprechpartner für Jugendliche gibt: eine Jugendberufsagentur, die Förderung und Unterstützung aus einer Hand anbietet. Dazu sollen die Berufsberatung, die Ausbildungs- bzw. Arbeitsvermittlung der Arbeitsagenturen und Jobcenter sowie Jugend- und Sozialämter, die Gleichstellungsbeauftragten und Integrationsstellen Hand in Hand arbeiten.

14. Fachkräfte sichern, halten und gewinnen.

Das Fachkräfteportal soll dazu beitragen, in Brandenburg eine Willkommenskultur zu entwickeln. Jede Fachkraft, die in Brandenburg einen Ausbildungsplatz oder eine neue berufliche Perspektive sucht, ist uns willkommen. Die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsqualifikationen wird weiter erleichtert werden. Talentierte Fachkräfte aus dem Ausland sollen auch mit Hilfe von Stipendienprogrammen und Gutscheinen systematisch angeworben und integriert werden. Wir unterstützen die Brandenburger Unternehmen durch die Förderung von Innovationsfachkräften, insbesondere bei der Einstellung von Hochschulabsolventinnen und -absolventen (Innovationsassistenten) sowie durch die frühzeitige Bindung Studierender an Brandenburger Unternehmen mit einem „Brandenburg-Stipendium“.

Der akademische Grad „Diplom-Ingenieur/ Diplom-Ingenieurin“ ist ein deutsches Markenzeichen. Wir werden es den Hochschulen ermöglichen, ihren Absolventinnen und Absolventen zusätzlich auch den Titel „Diplom-Ingenieur“ zu verleihen.

15. Arbeitslosigkeit bekämpfen.

Arbeit hält unsere Gesellschaft zusammen, Arbeitslosigkeit löst sie auf. Auch wenn sich die Arbeitslosigkeit in den vergangenen Jahren in Brandenburg halbiert hat, ist sie immer noch zu hoch. Insbesondere Langzeitarbeitslosigkeit wollen wir durch Integration in langfristige öffentliche Beschäftigung bekämpfen. Dazu werden wir Bundes-, Landes- und kommunale Gelder zusammenführen. Die wirtschaftliche Situation Brandenburgs ermöglicht aber auch die nachhaltige Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in reguläre Beschäftigung. Dazu werden wir Integrationsbegleiter einsetzen, die Arbeitslose individuell bei der Arbeitssuche und in der Probezeit helfen. Dafür stehen 22 Millionen Euro zur Verfügung. Erwerbstätige und Arbeitslosengeldempfänger, die sich selbstständig machen, erhalten einen Gründungszuschuss von monatlich 725 Euro für ein Jahr.

16. Qualifikation und Aufstieg: Weiter lernen im Beruf.

Unser Ziel ist, dass Menschen in ihrem Job aufsteigen können, dass Arbeit besser bezahlt wird, aus unsicheren sichere Arbeitsplätze werden. Brandenburgs Spitzenplatz bei der Weiterbildung werden wir weiter ausbauen, denn ohne regelmäßige Weiterbildung lässt sich Wachstum und mehr Produktivität – und damit auch Aufstieg im Beruf – nicht erreichen. Das ist eine wichtige Aufgabe für den Sozialpartnerdialog sowie für Industrie- und Handels- sowie Handwerkskammern, die wir als Land unterstützen werden. Dazu fördern wir mit Bildungsschecks und Weiterbildungsprogrammen sowohl Arbeitnehmer als auch Arbeitgeber. Wir wollen betriebliche Arbeit so organisieren, dass Weiterbildung ein fester Bestandteil des Arbeitsalltags und Bildungsurlaub stärker in Anspruch genommen wird. Die Volkshochschulen sind wichtige Partner für das lebenslange Lernen und werden weiterhin unterstützt. Durch Kooperationen mit ande-

ren Kultureinrichtungen sollen sie auch im Bereich der Kinder- und Jugendbildung tätig werden können. Fachhochschulen und Universitäten sollen stärker berufsbegleitende Qualifizierungsmöglichkeiten anbieten.

17. Heimatland Brandenburg: Rückkehrer herzlich willkommen.

Viele Brandenburger, die in den vergangenen Jahren in den alten Ländern ihr Glück suchten, kommen zurück in ihre Heimat. Diese gut ausgebildeten Menschen sollen bei ihrer Rückkehr in unser Land mit dem Fachkräfteportal eine zentrale Anlaufstelle finden. Wir werden Initiativen stärken, die helfen, Rückkehrern den Weg in die alte Heimat so einfach wie möglich zu machen.

18. Zusätzliche 100 Millionen Euro für unsere Landesstraßen.

Der Erhalt und die Modernisierung von Straßen, Schienen, Fahrrad- und Wasserwegen und hat Vorrang vor Neubauprojekten. Besonderer Handlungsbedarf besteht bei den Landesstraßen. Zu ihrer Zukunftssicherung wird ein Sonder-Investitionsprogramm von zusätzlich insgesamt 100 Millionen Euro vorrangig für Ortsdurchfahrten aufgelegt. Bei der Planung von Infrastrukturvorhaben werden Bürgerinnen und Bürger vor allem durch frühzeitige Bürgerbeteiligung einbezogen. Planungsunterlagen werden deshalb von allen Verwaltungen auch im Internet veröffentlicht. Die Bürgerinnen und Bürger erhalten die Möglichkeit, ihre Ideen, Anregungen und Bedenken unkompliziert elektronisch an die Planungsbehörden zu übermitteln, damit diese nicht erst im formellen Verfahren berücksichtigt werden können.

19. BER: Infrastruktur- und Wirtschaftszentrum für die Hauptstadtregion.

Der neue Hauptstadtflughafen wird Brandenburgs Tor zur Welt. Wir setzen uns für die schnellstmögliche Fertigstellung des Flughafens und der bedarfsgerechten Infrastruktur im Flughafenumfeld ein. Der Flughafen wird wirtschaftlich nur erfolgreich sein können, wenn er in der Region verankert und akzeptiert ist. Deshalb hat die schnelle Umsetzung des Schallschutzprogramms oberste Priorität, Härtefälle sollen dabei großzügig behandelt werden. Eine dritte Start- und Landebahn lehnen wir ab. Die SPD steht zur Annahme des erfolgreichen Volksbegehrens für ein Nachtflugverbot zwischen 22:00 und 6:00 Uhr durch den Landtag. Die Schaffung von mehr Nachtruhe bleibt eine Daueraufgabe. Hier werden wir mit unseren Forderungen an die Miteigentümer des Flughafens, den Bund und das Land Berlin, nicht nachlassen. In jedem Fall ist zu gewährleisten, dass für Starts und Landungen in der Zeit zwischen 22:00 und 6:00 Uhr erheblich höhere Nutzungsentgelte erhoben werden, denn die Nutzung des Flughafens in dieser Zeit verursacht höhere Lärmschutzkosten. Es soll nicht wirtschaftlich attraktiv sein, in diesem Zeitraum zu starten oder zu landen. Die SPD wirkt darauf hin, dass das Umfeld des Flughafens BER zur Modellregion beim Thema Gesamtlärbetrachtung wird.

20. Mobilität für alle im ganzen Land.

Mit einem Investitionsprogramm werden wir den öffentlichen Nahverkehr attraktiver machen und Mobilität im ganzen Land erhöhen. Diese Vorhaben sind uns besonders wichtig:

- Wir werden im Schienenverkehr einen Brandenburg-Takt einführen, bei dem optimale Umsteigebeziehungen entstehen.
- Wir werden Busse und Bahnen gemeinsam mit Kommunen und Landkreisen besser vernetzen und Linien besser aufeinander abstimmen, ein Schwerpunkt dabei ist der Schülerverkehr.
- Wir werden neue Mobilitätsmodelle wie internetbasierte Mitfahrdienste und Mobilitätszentralen unterstützen.
- Wir werden Bahnhöfe barrierefrei ausbauen sowie in Park+Ride- und Radabstellplätze investieren.
- Wir werden regionale Initiativen von Wirtschaft, Tourismus und Bürgerschaft unterstützen, die sich für größere Wirtschaftlichkeit von Bahnstrecken einsetzen.
- Wir werden auch in Zukunft die Straßenbahn- und O-Bus-Netze fördern.

Nach dem Ausbau der Bahnstrecke von Berlin nach Rostock werden die Strecken von Berlin nach Dresden sowie nach Stettin und Breslau für schnellen Regional- und Fernverkehr ausgebaut. Brandenburgs Regionen dürfen nicht von einem leistungsfähigen Fernverkehr abgehängt werden. In den dünn besiedelten Regionen unterstützt die Landesregierung Bürgerbusse, Kombibusse und Ruftaxis, die den Schienen- und Busverkehr ergänzen. Das Land wird den Ausbau der Elektromobilität unterstützen.

21. Mit dem Schüler-Ticket mobil im ganzen Land.

Alle Auszubildenden, Schülerinnen und Schüler sollen in ihrer Freizeit das ganze Jahr in ganz Brandenburg mobil sein können. Deshalb werden wir unter Einbeziehung des Landesschülerrates und des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg das brandenburgische Schüler- und Auszubildenden-Ticket weiterentwickeln.

22. Für Brandenburgs Sicherheit: Bessere Prävention.

Die Polizeireform hat die Grundlagen für eine moderne Polizei gelegt, indem Führungsstrukturen abgebaut wurden. Mit uns wird es keine weitere Reduzierung von Revieren geben. Um die Kriminalitätsbekämpfung zu verbessern wird die Zahl der Polizisten am Ende des Jahrzehnts nicht wie geplant 7.000 sondern mindestens 7.800 betragen. Um dieses Ziel zu erreichen, werden an der Fachhochschule der Polizei jährlich 275 Polizeianwärter neu ausgebildet. Das sind mehr als doppelt so viele wie bisher geplant. Auch deshalb werden wir in Oranienburg für die Fachhochschule der Polizei 200 Wohnheimplätze schaffen. Auf die Kriminalitätsbekämpfung im Berliner Umland und im Grenzgebiet zu Polen werden wir besonderes Augenmerk legen. Die Zusammenarbeit mit Berliner und polnischen Einsatz- und Ermittlungskräften sowie mit

der Bundespolizei und unseren benachbarten Bundesländern wird verstärkt. Grenzüberschreitende Präventiv- und gemeinsame Ermittlungsteams werden wir ausbauen. Für Mieter, Haus- und Wohnungseigentümer müssen Bundesprogramme zur finanziellen Förderung von Einbruchschutz- und Sicherheitsmaßnahmen geschaffen werden. Sollte der Bund nicht handeln, werden wir eine „Brandenburger Präventionsprämie“ für vorsorgende Maßnahmen für mehr Sicherheit in Wohnungen prüfen. Die Präventionsarbeit der Polizei wird von derzeit 50 geplanten Stellen auf 120 aufgestockt, die Zusammenarbeit mit den Kommunen verstärkt. Das führt zu mehr Sicherheit im Land.

23. Zukunftsfester Brand-, Katastrophenschutz und Rettungsdienst.

Die Freiwilligen Feuerwehren sind ein wichtiger Träger des Zusammenhalts in den Kommunen. Wir brauchen auch in Zukunft ehrenamtliches Engagement im Brand- und Katastrophenschutz. Gemeinsam mit den Feuerwehren und Experten werden wir Vorschläge entwickeln, wie die Organisationsformen, Einsatzfähigkeit sowie Personal- und Nachwuchsgewinnung in Zeiten des demografischen Wandels aussehen sollen. Hierbei soll ein besonderes Augenmerk auf Jugendfeuerwehren gelegt werden. Erfolgreiche Strukturen wie die Stützpunktfeuerwehren und die Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz (LSTE) werden erhalten und weiterentwickelt. Die Aufgaben des Landes im Brand-, Katastrophenschutz und Rettungswesen wollen wir zukünftig organisatorisch und inhaltlich zusammenfassen. Die Träger des Brandschutzes werden in den kommenden fünf Jahren mit 25 Millionen Euro bei der Beschaffung von Fahrzeugen, Ausrüstung und Ertüchtigung von Standorten unterstützt.

24. Brandenburg ist ein weltoffenes und tolerantes Land.

Menschen aus anderen Ländern sind uns willkommen. Flüchtlinge sollen in unserem Land sichere Aufnahme ohne Anfeindungen finden und werden so schnell wie möglich in ein normales Wohnumfeld integriert. Wir bekämpfen alle Formen von Fremdenfeindlichkeit, Gewalt, Hass und Antisemitismus. Wir unterstützen das Verbot der rechtsextremen NPD. Mit den Mitteln des Staatsschutzes, des Verfassungsschutzes und der Justiz werden wir wie bisher hart gegen Rechtsextremisten sowie Verbindungen von organisierter Kriminalität und rechten Kräften vorgehen. Das Handlungskonzept „Tolerantes Brandenburg“ wie auch die Mobilen Beratungsteams, das landesweite Aktionsbündnis, die Regionalen Arbeitsstellen und der Verein Opferperspektive unterstützen erfolgreich die Bürgergesellschaft in ihrem Kampf gegen Rechtsextremisten und werden weiter gefördert. Handreichungen für Schulen und Kommunen sollen über anti-demokratische Bestrebungen aufklären.

25. Justiz in Brandenburg: unabhängig, bürgernah und effektiv.

Wir wollen eine soziale und liberale Rechtspolitik, die den Menschen in Brandenburg dient und ihre Bürgerrechte schützt. Die Brandenburger Justiz muss effektiv und zeitnah Recht sprechen, die dafür nötigen Ressourcen werden bereitgestellt. Um die Verfahrenslaufzeiten zu verkürzen und flexibel auf Auslastungsschwankungen der Gerichte reagieren zu können, richten wir einen Einstellungskorridor für Nachwuchsrichter ein. Jugendkriminalität muss schnell und nachhaltig bekämpft werden. Nach dem Vorbild des „Neuköllner Modells“ sollen durch enge Kooperation zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten die Verfahrenslaufzeiten kürzer werden. So kann die Strafe der Tat auf dem Fuße folgen. Der Jugendvollzug muss einen Schwerpunkt auf Erziehung und Rückfallvermeidung legen. Zusammen mit Berlin und unseren Nachbarländern werden wir eine gemeinsame Strukturplanung für Justizvollzugsanstalten und Sicherungsverwahrung aufsetzen. Der Strafvollzug soll Bürger schützen und deshalb die Resozialisierung fördern. Prozesskosten- und Beratungshilfe werden wir erhalten, damit der Zugang zur Justiz nicht vom Geldbeutel abhängt.

26. Starke Kommunen mit moderner Verwaltung.

Unser Ziel ist eine leistungsfähige Selbstverwaltung in allen Teilen unseres Landes, auch in Orten mit Bevölkerungsrückgang. Dazu brauchen wir eine umfassende Verwaltungsstrukturreform. Damit sollen Leistungen der Verwaltungen nicht nur am Behördensitz sondern auch in Servicestellen, über mobile Angebote und verstärkt über elektronische Dienste angeboten werden. Aus den Landesbehörden werden weitere Aufgaben auf die Kommunen übertragen, um sie bürgernäher und wirtschaftlicher zu erfüllen. Eine kostendeckende Finanzierung dieser Aufgaben wird von Seiten des Landes sichergestellt. Eine weitere Gemeindegebietsreform lehnen wir ab. Gemeinden können sich für ihre Verwaltungsaufgaben eines leistungsfähigeren Amtes bedienen oder sie von einer anderen Gemeindeverwaltung dauerhaft erfüllen lassen.

27. Zukunftsfähige Kommunalfinanzen.

Starke Kommunen brauchen eine stabile finanzielle Grundlage. Dazu wollen wir mit den Kommunen im Zusammenhang mit der Verwaltungsstrukturreform einen „Pakt für zukunftsfähige Kommunalfinanzen“ verabreden:

- Der Kommunale Finanzausgleich soll stärker als bisher soziale Lasten berücksichtigen und für einen besseren Ausgleich zwischen Kommunen sorgen. Finanzschwächere Kommunen sollen dadurch wichtige Investitionen tätigen können.
- Ein Entschuldungsprogramm soll dazu dienen, dass hoch verschuldete Kommunen innerhalb von zehn Jahren ihre Schulden dauerhaft abbauen können.

28. Bezahlbares Wohnen für alle.

Bis 2030 wird die Einwohnerzahl im Berliner Umland um etwa 5 Prozent steigen, in den äußeren Regionen Brandenburgs dagegen um knapp 20 Prozent sinken. Aufwertung und Rückbau von Wohnquartieren gehören eng zu zusammen. Vor diesem Hintergrund setzen wir den Stadtbau fort und werden weiter auf die Stärkung der Innenstädte setzen. Das Land wird Wohnungsrückbau weiterhin unterstützen, wo er notwendig ist. Ein wichtiges Ziel unserer Politik ist, die Energieeffizienz der Gebäude zu verbessern und einkommensschwache Haushalte mit bezahlbarem Wohnraum zu versorgen. Das Programm „Soziale Stadt“ wird gemeinsam mit den Kommunen weiterentwickelt, weitere Kommunen werden in das Programm aufgenommen. Um Mieterinnen und Mieter vor schnell steigenden Mieten zu schützen, wird in betroffenen Regionen eine Mietpreisbremse verhängt und der Wohnungsbau dort gefördert. Mit einem Sonderprogramm von 10 Millionen Euro pro Jahr wird der soziale und mietpreisgebundene Wohnungsbau gefördert. Der Ein- und Anbau von Aufzügen an Plattenbauten wird mit zinsgünstigen Darlehen gefördert um das Wohnen im Alter zu unterstützen.

29. Gut leben im ländlichen Raum.

Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für unsere ländlichen Räume. Die regionale Kooperation wird dabei immer wichtiger. Nur so lässt sich die Daseinsfürsorge sichern – etwa auf den Gebieten der Bildung, der medizinischen und pflegerischen Versorgung, des öffentlichen Nahverkehrs, der Ver- und Entsorgung sowie der Kommunikation. Die Grundversorgung bei der Daseinsvorsorge soll in Landstädten und größeren Orten konzentriert werden, die Angebote müssen zwischen den Kommunen abgestimmt werden. Entsprechend müssen auch Förder- und Finanzierungsmöglichkeiten neu durchdacht sowie innovative Lösungen unterstützt werden. Auch neue Angebotsformen wie Bürger-, Ruf- und Kombibusse werden unterstützt. Viele Akteure wie Landjugend, Landfrauen, freiwillige Feuerwehren, Sport- und Heimatvereine sorgen für Zusammenhalt im ländlichen Raum und müssen bei ihrer wertvollen Aktivität unterstützt werden. Unser Ziel ist, kleine Grundschulstandorte mit flexiblen Modellen zu erhalten.

30. Unsere Landwirtschaft ist unsere Stärke.

Eine flächendeckende Landwirtschaft ist die ökonomische Basis für unseren ländlichen Raum. Brandenburger Betriebe erzeugen nachhaltig gute Lebensmittel und Rohstoffe. Sie tragen zur Erzeugung von Energie und zum Erhalt der Kulturlandschaften bei. Wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit unserer flächendeckenden und leistungsfähigen Agrar-, Nahrungsmittel- und Forstwirtschaft mit ihren über 45.000 Beschäftigten erhalten – und dies ohne Benachteiligung einzelner Rechts- und Bewirtschaftungsformen. Regionale Vermarktungsstrukturen werden weiter ausgebaut, die Agrarwirtschaftsinitiative wird fortgesetzt. Hochwertige Produkte aus Brandenburg sollen in Deutschland und in unseren Nachbarländern bekannter und beliebter

werden. Den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen lehnen wir ab. Den Spitzenplatz Brandenburgs im Ökolandbau wollen wir ausbauen. Die Landesregierung unterstützt bessere Zugänge zum Berliner Markt. Agrarische Forschung sowie Aus-, Fort- und Weiterbildung werden auf hohem Niveau erhalten. Eine Imagekampagne soll um Nachwuchs bei den „grünen Berufen“ werben.

31. Gleiche Chancen für alle Regionen: Breitband im ganzen Land.

Die flächendeckende Versorgung mit Breitband ist eine wichtige Voraussetzung für die Chancengleichheit von Bürgern und regionaler Wirtschaft in den ländlichen Regionen. Auch die Gleichwertigkeit der medizinischen Versorgung auf dem Land hängt immer stärker von leistungsfähigen Netzen ab. Der Breitbandausbau soll bis Ende 2015 abgeschlossen sein. Das Land unterstützt den Ausbau mit 54 Millionen Euro aus europäischen Mitteln.

32. Für den Zusammenhalt: Ehrenamt und Engagement stärken.

Das Ehrenamt bereichert unsere Gemeinschaft und spielt eine wichtige Rolle für den Zusammenhalt unseres Landes. Ohne bürgerschaftliches Engagement wäre unsere Gesellschaft ärmer. Deshalb werden wir die ehrenamtlichen Organisationen dabei unterstützen, dass sie in den kommenden Jahren genügend Nachwuchs haben. In der Staatskanzlei wird es weiterhin einen zentralen Ansprechpartner für bürgerschaftliches Engagement geben. Mit einer Landesstiftung als Dach wollen wir die Gründung von Bürgerstiftungen erleichtern.

33. Bester Start ins Leben: Netzwerke Gesunde Kinder weiter aufwerten.

Die Netzwerke für Gesunde Kinder in allen Regionen unseres Landes sind schon heute hervorragende Beispiele dafür, wie mit ehrenamtlich tätigen Patinnen und Paten ein „Klima des Hinschauens“ für Familien und Kinder geschaffen wird. Noch erreichen wir aber nicht jede Familie. Unser Ziel lautet deshalb, dass für alle Familien überall in unserem Land die Gelegenheit besteht, in ein solches Netzwerk aufgenommen zu werden. Die entsprechenden Anreize dazu sollen verstärkt werden. Dem dient auch eine eigens zu schaffende Landeskoordinierungsstelle für die Netzwerke. Wir werden die Landesmittel für die „Netzwerke Gesunde Kinder“ um 2 Millionen Euro erhöhen.

34. Kinder- und Jugendrechte stärken.

Die Unterstützung für Jugend- und Jugendsozialarbeit wird mindestens in ihrer jetzigen Höhe fortgeführt und enger verzahnt mit Angeboten von Schulentwicklungs- und Jugendhilfeplanung sowie regionalisierter Arbeitsmarktpolitik. Kinder- und Jugendorganisationen als Orte der Jugendbildung und die Freiwilligendienste werden vom Land weiterhin gefördert. Die Beteiligungsrechte von Kinder und Jugendlichen an demokratischen Prozessen soll ausgebaut wer-

den. So werden wir die Direktwahl von Schülersprechern an den Schulen und der Landesschülervertretung ermöglichen. Um Kinder und Jugendliche besser vor Misshandlung oder Vernachlässigung zu schützen werden wir eine landesweite Kinderschutz-Hotline einrichten.

35. Brandenburg noch familienfreundlicher machen.

Familie ist da, wo Menschen füreinander Verantwortung übernehmen. Mit unserer Familienpolitik wollen wir Familien unterstützen und entlasten. Deshalb wird das Familienpolitische Maßnahmenpaket der Landesregierung weiterentwickelt. Brandenburg soll zum Modellland für Familienfreundlichkeit in der Arbeitswelt werden. Dazu starten wir einen Wettbewerb „Pro Familienfreundlichkeit“. Schon heute bestehen über 50 „Lokale Bündnisse für Familien“. Sie leisten einen wichtigen Beitrag für mehr Familienfreundlichkeit und sollen durch die Landesregierung weiter unterstützt werden. Wir werden Einrichtungen mit 24-Stunden-Betreuung fördern. Die Familienbildung wird verstärkt. Wir setzen uns dafür ein, dass nicht-heterosexuelle Lebensweisen als gleichberechtigt akzeptiert werden. Wir werden dazu gemeinsam mit den Verbänden und Vereinen einen Brandenburger Aktionsplan für die Vielfalt von Lebensentwürfen initiieren.

36. Frauen und Männer: Gleiche Rechte, gleiche Chancen.

Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist unser wichtiges Ziel über alle Politikfelder hinweg. Wir wollen mehr Frauen in Führungspositionen und gleichwertiger Bezahlung, in der Verwaltung genauso wie in der Wirtschaft. Mit einer Quote von 40 Prozent wollen wir dieses Ziel erreichen – auch in kommunalen und landeseigenen Unternehmen. Zusammen mit der Wirtschaft werden wir eine Kampagne für mehr Frauen in Führungspositionen und für gleichwertige Bezahlung ins Leben rufen. Das Gleichstellungspolitische Maßnahmenpaket wird fortgeschrieben.

37. Mitten im Leben: Menschen mit Behinderung.

„Der eigentliche Sinn des Lebens liegt im Miteinander“ – dieses Lebensmotto Regine Hildebrandts liegt uns am Herzen. Im Kern meint er nichts anderes als das Mitwirken, Dabeisein und gemeinschaftliches Leben. Genau deshalb gehören auch Menschen mit Behinderung in die Mitte der Gesellschaft. Wir werden die Barrierefreiheit weiter verbessern und die Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Bereichen unseres Zusammenlebens ausbauen. Wir wollen weg vom Prinzip der Fürsorge hin zu gleichberechtigter Beteiligung. Das Maßnahmenpaket zur Inklusion wird fortgeschrieben. Dabei wird die bessere Integration von Menschen mit Behinderung in allen Lebensbereichen eine wichtige Rolle spielen.

38. Zu Hause leben auch im Alter.

Menschen wollen dort leben, alt werden und auch gepflegt werden, wo sie sich zu Hause fühlen, ihr tägliches Leben selbst bestimmen und an der Gemeinschaft teilhaben können. Um dies zu erreichen, sollen auch rechtliche Vorschriften vereinfacht werden, um eine attraktive Lebensführung und das Zusammenleben in alternativen Wohn- und Betreuungsformen zu erleichtern. Ein attraktives Angebot und präventive Maßnahmen können einen im Alter drohenden Pflege- und Hilfebedarf vermeiden oder hinaus zögern. Mit einer Pflegeoffensive werden wir die Pflegeversorgung sichern und in leistungsfähige Netzwerke investieren. Vorrang hat die ambulante Pflege. Wir werden Kommunen durch Anlauf- und Beratungsstellen, Vereinbarkeitslotse und Pflegestützpunkte unterstützen und so „Pflege im Quartier“ ermöglichen. Wir werden uns für eine bessere Anerkennung von Pflegeberufen einsetzen. Um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken, wird die Aus- und Weiterbildung im Pflegebereich ausgebaut. Mit den Sozialpartnern werden wir zusammen die Beschäftigungsbedingungen in der Pflege sowie die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege verbessern. Wir werben dafür, die Arbeitsbedingungen durch attraktive Tarifverträge zu verbessern.

39. Gute Gesundheitsversorgung überall im Land.

Um die flächendeckende Gesundheitsversorgung im Land zu sichern, wollen wir bewährte Ansätze fortsetzen und neue Wege gehen:

- Wir werden in den kommenden fünf Jahren mindestens 500 Millionen Euro in die Krankenhäuser investieren.
- Wir wollen alle Krankenhausstandorte im Land erhalten und sie weiter spezialisieren sowie zu ambulanten, Notfall- und pflegerischen Stützpunkten umbauen und so auch die Zusammenarbeit zwischen Pflegeheimen und Krankenhäusern zu verbessern. Vor allem in den dünn besiedelten Regionen sollen stationäre und ambulante Versorgung stärker als bisher ineinander verschränkt werden.
- Wir werden die Gemeindeschwester AGnES auf alle dünn besiedelten Regionen Brandenburgs ausdehnen und uns für eine bessere Entlohnung ihrer Leistungen einsetzen. Ziel ist es, medizinische Leistungen auch durch nicht-ärztliche Professionen erbringen zu lassen, um die Versorgung der Menschen zu sichern und Ärzte zu entlasten.
- Die Medizinischen Versorgungszentren werden wir ausbauen und die Zugangsbedingungen für Ärzte vereinfachen. Wir unterstützen Kommunen dabei, eigene Medizinische Versorgungszentren einzurichten, wo Ärztemangel besteht.
- Wir werden zusammen mit den Kommunen ein Stipendienprogramm für Studierende der Medizin einrichten, die sich verpflichten, nach ihrem Studienabschluss zehn Jahre in Brandenburger Regionen mit geringer Ärztedichte zu praktizieren.
- Der Einsatz von Telemedizin soll verstärkt, das Zusammenspiel von Techniken, Patienten und Ärzten verbessert werden.

- Nirgendwo in Deutschland betreuen die Ärzte mehr Menschen als in Brandenburg. Das muss sich auch in der Vergütung auswirken. Wir werden uns politisch dafür einsetzen, dass unseren Ärzten die notwendigen Mittel der Krankenversicherung zur Verfügung gestellt bekommen.

40. Brandenburg in Bewegung: Unterstützung für Breiten- und Spitzensport.

Sport ist ein wichtiger Identitätsanker und bedeutet für viele Menschen Lebensglück. In einer älter werdenden Gesellschaft ist der Sport für die Gesundheit besonders wichtig. Wir werden den Breiten- und Leistungssport auch in Zukunft mit mindestens 16 Millionen Euro pro Jahr unterstützen und sorgen so für verlässliche Strukturen. Der „Goldene Plan Brandenburg“ für Investitionen in Sportstätten wird fortgesetzt. Wir wollen das Ehrenamt im Sport und die Zusammenarbeit zwischen Vereinen und Schulen stärken. Dazu soll auch die Schulmentorenausbildung verstärkt werden. Die Sportschulen betreiben eine einzigartige Nachwuchsförderung, das Fördersystem soll zusammen mit dem Landessportbund weiterentwickelt werden. Die Förderung des paralympischen Leistungssports und die Barrierefreiheit in Sporteinrichtungen werden ausgebaut. Damit Sport und Ausbildung besser miteinander in Einklang gebracht werden können, soll die „duale Karriere“ weiter gefördert werden. Wir unterstützen Berlin in seinen Bemühungen, die Olympischen Spiele in die deutsche Hauptstadtregion zu holen.

41. Kunst- und Kulturvielfalt sichern.

Kultur und Kunst dürfen kein Luxus für wenige werden. Deshalb werden wir auch in Zukunft Kinder- und Jugendkunstschulen, Musikschulen und Bibliotheken unterstützen. Sie sind wichtige Anker für die Kultur in der Tiefe des Landes. Wir wollen kulturelle Bildung für alle durch ein enges Netz von Künstlern und Kultureinrichtungen sowie Schulen verwirklichen.

Gerade der Kulturtourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor geworden. Wir wollen das Sonderinvestitionsprogramm für die Preußischen Schlösser und Gärten fortsetzen. Der Park Babelsberg wird in eine Landesstiftung überführt. Die vielfältige Theater- und Orchesterlandschaft werden wir erhalten und strukturell besser absichern. Ein lebendiger Kulturraum lebt auch durch Vielfalt und die Integration von Kulturen ausländischer Mitbürgerinnen und Mitbürger. Entsprechende regionale Initiativen werden wir unterstützen. Mit einem Denkmalfonds werden wir den Erhalt bedeutender Denkmäler und Kunstwerke fördern. Den 200. Geburtstag Theodor Fontanes im Jahr 2019 wird das Land gemeinsam mit Berlin mit Veranstaltungen und Ausstellungen feiern. Babelsberg ist ein international bedeutsames Zentrum der Medien- und Kreativwirtschaft. Die erfolgreiche Filmförderung setzen wir fort.

Das Zusammenspiel von Kultur, Natur und Tradition schafft Identität und Attraktion. Wir kennen uns zu unserer Geschichte. Deshalb werden auch die Gedenkstätten weiter unterstützt.

42. Willkommen in Brandenburg: Tourismus und Gastfreundschaft.

In den kommenden Jahren wird es darauf ankommen, die gute touristische Infrastruktur unseres Landes noch stärker bekanntzumachen und auszulasten. Ziel ist es, dass neben der Zahl der Tagestouristen auch die Zahl der Reisenden zunimmt, die in Brandenburg übernachten. Investitionen in Qualität und Service sowie eine engere Zusammenarbeit der Reiseziele werden dabei eine wichtige Rolle spielen. Brandenburgs starke Stellung im Rad- und Wassertourismus werden wir weiter ausbauen. Natur-, Gesundheits- und barrierefreier Tourismus sind ebenfalls wichtige Wachstumsfelder. Mit unseren benachbarten Bundesländern wollen wir die Zusammenarbeit verstärken. Die Werbung in unseren Nachbarländern, besonders in Polen und Tschechien, werden wir verstärken – gerade auch vor dem Hintergrund, dass mit dem Lausitzer Seenland eine neue touristische Attraktion kurz vor der Vollendung steht.

43. Zu Hause in Brandenburg: Sorben und Wenden.

Die Sorben und Wenden bereichern die Kultur und beleben unser Land mit ihrer aktiven Zweisprachigkeit, ihren traditionellen Sitten und Gebräuchen. Brandenburg wird die sorbische/wendische Minderheit auch in Zukunft fördern. Die „Stiftung für das sorbische Volk“ wird weiterhin finanziell unterstützt.

44. Gute Partner für die humane Gesellschaft.

Kirchen, Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften sind wichtige Partner, wenn es um ein solidarisches Miteinander auf dem Weg zu einer besseren Gesellschaft geht. Mit den Kirchen arbeitet das Land auf Grundlage der Staatskirchenverträge partnerschaftlich zusammen. Martin Luthers Thesenanschlag jährt sich 2017 zum 500. Mal. Brandenburg beteiligt sich aktiv an der Gestaltung des Reformationsjubiläums und des aus diesem Anlass in der Region stattfindenden Kirchentages. Die Entwicklung des jüdischen Lebens werden wir weiterhin fördern.

45. Verbraucherrechte stärken.

Verbraucherberatung ist ein Grundpfeiler für eine starke Verbraucherpolitik. Wir verfolgen eine Verbraucherschutzpolitik, die über Information und Kennzeichnung von Produkten oder Dienstleistungen bewusste Konsumentenentscheidungen ermöglicht. Die Verbraucherzentralen werden so ausgestattet, dass alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ihre Dienstleistungen nutzen können.

46. Brandenburg bewahren: Umwelt- und Klimaschutz stärken.

Die ökologische Modernisierung unseres Landes ist uns ein Herzensanliegen. Wir werden in Zukunft noch mehr Rücksicht auf unsere Umwelt und unsere Landschaften nehmen müssen.

Nachhaltigkeit ist eine Querschnittsaufgabe aller Politikbereiche. Wir stehen für die Bewahrung der typischen Brandenburger Landschaften, den Schutz heimischer Pflanzen- und Tierbestände und die Wiederherstellung von Lebensräumen bedrohter Tier- und Pflanzenarten. Der CO₂-Ausstoß soll bis 2030 um 72 Prozent im Vergleich zu 1990 gesenkt werden. Das ist Brandenburgs wichtigster Beitrag zum Klimaschutz.

Gewässer haben einen besonderen Wert für Tourismus und Naturschutz. Ein ausgewogener Wasserhaushalt stellt vor dem Hintergrund des Klimawandels eine besondere Herausforderung dar. Mit dem Brandenburger Moorschutzprogramm wollen wir die Funktionsfähigkeit von regenerierbaren Mooren und das Erscheinungsbild einer einzigartigen Landschaft wiederherstellen und erhalten. Dabei müssen die Interessen von land- und forstwirtschaftlicher Nutzung berücksichtigt werden. Eine Privatisierung von Gewässern in Brandenburg kommt für uns nicht in Frage, der freie Zugang aller Bürgerinnen und Bürger soll gewährleistet sein. Auch eine Privatisierung des Landeswaldes lehnen wir ab. Der Wald ist im Bewusstsein seiner besonderen Bedeutung für die Allgemeinheit durch ordnungsgemäße Bewirtschaftung nachhaltig zu sichern und erforderlichenfalls zu mehren. Brandenburg ist das „Land der Alleen“. Damit es dabei bleibt, sollen an den Landes- und Bundesstraßen pro Jahr im Durchschnitt 30 Kilometer Alleen neu bzw. wieder gepflanzt werden. Mit einem Pilotvorhaben zwischen Schulen und Kleingartenanlagen wollen wir den „Schulgartenunterricht“ neu etablieren.

Die Sanierung der ehemaligen Tagebaue in der Lausitz ist eine Generationenaufgabe. Bis 2017 stehen dafür 587 Millionen Euro bereit, davon über 220 Millionen Euro vom Land. Mit diesen Mitteln soll das Lausitzer Seenland als neuer touristischer Anziehungspunkt fertiggestellt sowie ein sich selbst regulierender Wasserhaushalt wiederhergestellt werden. Ein Schwerpunkt in der nächsten Wahlperiode liegt dabei auf der Wasserqualität. Für eine saubere Spree setzen wir uns dafür ein, dass alle bekannten technischen Maßnahmen, die geeignet sind, Einträge aus dem Grundwasser in die Spree zu vermeiden und eine voranschreitende Verockerung zu verhindern, endlich angewandt werden. Dabei ist uns klar, dass hier die Lausitzer-Mitteldeutsche Braunkohleverwaltungsgesellschaft (LMBV) finanziell und technisch verantwortlich ist.

47. Land der sicheren Deiche: Wirksam vor Hochwasser schützen.

In den vergangenen Jahren wurde unser Land immer wieder von Hochwasser heimgesucht. Die große Hilfsbereitschaft der Menschen und das professionelle Zusammenwirken aller Kräfte des Katastrophenschutzes von den verschiedenen Hilfsgesellschaften, der Freiwilligen Feuerwehre bis zum THW und der Bundeswehr haben dafür gesorgt, dass wir von größeren Katastrophen verschont geblieben sind. Wir werden auch zukünftig Strukturen vorhalten, um schnell auf Katastrophen reagieren zu können und dabei eng mit Sachsen, Sachsen-Anhalt und Polen zusammenarbeiten. Nach der fast vollständigen Sanierung der Deiche an der Oder wird in den kommenden Jahren die Deichsanierung an der Elbe abgeschlossen – dabei wird den Flüssen

deutlich mehr Raum gegeben. In den kommenden fünf Jahren wird die naturnahe Sanierung und Rückverlegung von Deichen an der Schwarzen Elster Schwerpunkt des Hochwasserschutzes sein.

48. Für unsere Kinder und Enkel: Solide Finanzen, gute Vorsorge.

Wir werden die solide Finanzpolitik der vergangenen Jahre fortsetzen und wollen in der neuen Wahlperiode ohne neue Schulden auskommen. In den wirtschaftlich guten Zeiten werden Rücklagen gebildet, auf die in schlechten Zeiten zurückgegriffen werden kann. Wir werden Schritt für Schritt alte Schulden zurückzahlen. Das ist generationengerecht und stärkt langfristig den Handlungsspielraum der Politik.

49. Im Herzen Europa(s).

Brandenburg bildet eine wichtige Brücke zwischen Westeuropa und unseren Nachbarn in Ostmitteleuropa und im Ostseeraum. Die sich daraus ergebenden wirtschaftlichen und kulturellen Chancen wollen wir noch stärker nutzen. Vor allem mit Polen werden wir die schon heute umfangreichen Partnerschaften weiter ausbauen. Das Instrument der bisherigen Partnerschaftsbeauftragten wird weiterentwickelt. Ziel ist es, in den mittelosteuropäischen Partnerregionen – und dabei besonders in Polen – feste Ansprechpartner für Unternehmen, Verbände, Schulen und Hochschulen sowie für andere gesellschaftliche Akteure zu etablieren. Solche Verbindungsbüros sollen Schaufenster unseres Landes sein. Sie sollen helfen, Brandenburg als Wirtschafts-, Wissenschafts-, Kultur- und Tourismusland darzustellen, Kontakte zu vermitteln und den wechselseitigen Austausch zu intensivieren. Wir werden auf Berlin zugehen, um diese Büros als Einrichtungen der deutschen Hauptstadtregion gemeinsam zu betreiben.

50. Stolz auf das Erreichte: Ostdeutschland im 25. Jahr der friedlichen Revolution.

Vor genau 25 Jahren, im Herbst 1989, gingen die Menschen in der DDR auf die Straße und erkämpften sich Demokratie und Freiheit. Die Ostdeutschen können heute stolz auf das Erreichte der vergangenen 25 Jahre sein. Gleichwohl gibt es in vielen Teilen Ostdeutschlands noch immer keine den alten Ländern vergleichbaren Lebensverhältnisse. Deshalb wird die Brandenburger SPD ostdeutsche Interessen auch in Zukunft nachdrücklich vertreten. Bei den Neuverhandlungen zum Länderfinanzausgleich werden wir darauf achten, dass starke Regionen auch in Zukunft schwächeren unter die Arme greifen.

IV. Brandenburg: Das ist, was wir tun.

Die Brandenburger SPD ist die Partei der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Aufstiegs, der ökonomischen Vernunft und des Zusammenhalts. Unser Ziel ist eine Gesellschaft, die stark ist, gerade weil es in ihr gerecht zugeht. Vorsorgende Sozialpolitik ist der Weg, auf dem wir dieses Ziel verfolgen. Mit den genannten zentralen Maßnahmen wollen wir dazu beitragen, dass auch in der kommenden Wahlperiode bessere Lebenschancen für alle Bürgerinnen und Bürger in allen Landesteilen Brandenburg entstehen.

Dazu brauchen wir Ihre Hilfe. Bitte stimmen Sie bei der Landtagswahl am 14. September 2014 mit beiden Stimmen für die SPD. Damit Dietmar Woidke Ihr Ministerpräsident bleibt. Und die Brandenburg-Partei stärkste Kraft bleibt.